



PRESSEMITTEILUNG

Prof. Dr. Jürgen Wilhelm, Vorsitzender der Kölnerischen Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, äußert sich zu den antisemitischen Flyern in Kölner Straßenbahnen:

Wir beobachten seit Monaten mit Erschrecken, wie sich große Teile der Bewegung gegen die Corona-Maßnahmen immer weiter radikalisieren. Obgleich ihre verschwörungstheoretischen Züge schon von Anfang an deutlich waren, tritt inzwischen ihr Antisemitismus immer offener zutage. Davon zeugen auch die antisemitischen Flyer, die kürzlich in mehreren Kölner Straßenbahnen ausgelegt wurden. Darin ist von einem „Judenproblem“ die Rede, wobei mehreren prominenten Personen aus Politik und Wissenschaft (u.a. Angela Merkel und Christian Drosten) vorgeworfen wird, als (vermeintliche) Juden für die gegenwärtigen Zustände im Kontext der Covid-19-Pandemie verantwortlich zu sein.

Als ein Mitglied der jüdischen Gemeinde Kölns den Flyer über Twitter teilte, eröffnete die Kölner Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen ihn, weil er sich vermeintlich der Volksverhetzung strafbar gemacht habe, obwohl er die antisemitischen Schmierereien in demselben Post verurteilte. Auch Politikerinnen und Politiker wie Henriette Reker oder Volker Beck, die das betreffende Foto ebenfalls öffentlich geteilt haben, geraten nun in den Fokus der Justiz. Anstatt ein Mitglied der jüdischen Gemeinde strafrechtlich zu verfolgen, das vom Antisemitismus unmittelbar selbst betroffen ist, wäre es notwendig, die Suche nach den Urhebern und Verbreitern dieses Flyers zu intensivieren und Antisemitismus beherzt entgegenzutreten. Wir schließen uns der Synagogen-Gemeinde Köln in ihrer Forderung die entsprechenden Verfahren sofort einzustellen.